

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur E. Müller, Magdeburg. — Verantwortliche für Inserate: Wilhelm Binden, Magdeburg. — Erzug und Verlag von W. Farkau & Co., Magdeburg. Große Nummern 1. — Fernpreis auf 60 Pf. für Inserate 1921, für die Redaktion 1794, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzettelnummer 1. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreis: Biwstidlich 1.00 M., monatlich 2.20 M. Beim Abholen vom Verlag und den ausgeteilten Biwstidlich 0.80 M., monatlich 2.10 M. Bei den Buchhandlungen Biwstidlich 0.75 M., monatlich 2.00 M. ohne Versandgeb. Einzelne Nummern 20 Pf. — Auslieferungshöhe: die abgelieferte Monatsausgabe 80 Pf., im Restanteil 10 Pf. pro M. Beizustellen Sätze zu M. Einzelgenügsabatt geht vorbereit, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Postleistungskonto: Nr. 5215 Berlin

Nr. 6.

Magdeburg, Donnerstag den 8. Januar 1920.

31. Jahrgang.

Drohende Brotnot.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands hat in den letzten Tagen in den Blättern aller Parteirichtungen zu ein gehenden Betrachtungen Anlaß gegeben. Es wäre ein verhängnisvoller Zertum, wenn man annehmen wollte, daß mit den Lieferungsprämien, die jüngst den Landwirten, um deren Ablieferungsfreudigkeit zu heben, für Getreide und Kartoffeln gegeben worden sind, die Lebensmittelsorgen Deutschlands behoben wären. Es steht vielmehr fest, daß der Ertrag der deutschen Landwirtschaft so stark zurückgegangen ist, daß wir vielleicht schon im April mit den Vorräten unserer letzten Ernte zu Ende sind. Der Geheimrat von Braun hat in einem Artikel im „Tag“ mitgeteilt, daß uns bei der Aufrechterhaltung der Brotration und des niedrigen Ausmahlungssakes mindestens der Getreidebedarf für zwei Monate, d. i. 600 000 Tonnen, fehle. Diesen Fehlbedarf müssen wir durch ausländische Importen decken, die uns bei dem schlechten Stande der deutschen Valuta nur zu einem fast

das Bahnfache des deutschen Preises

beträchtenden Preise greifbar wären. Wenn schon die jetzt bewilligten Preiszuschläge an die deutsche Landwirtschaft eine gewisse Beunruhigung unter der Verbraucherschaft ausgelöst haben, so kann man sich die Wirkung der Preise vorstellen, die wir für die ausländischen Nahrungsmittel dann bezahlen müssen.

Trotz der schlechten deutschen Ernteergebnisse muß be merkt werden, daß die letzte Ernte nach Lage der Dinge nicht als ungünstig bezeichnet werden kann. Es steht zu befürchten, daß die nächste sehr viel ungnügiger ausfällt, wenn nicht entscheidende Maßnahmen getroffen werden, um die deutsche Landwirtschaft zur höchsten Intensität anzureizen und die landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen mit den Gesamtverhältnissen auszugleichen.

Bei ungefähr der gleichen Erntefläche hätten wir in Deutschland vor dem Kriege, dank der starken Verwendung von Kunstdünger, von Jahr zu Jahr steigende Erträge. Seit Kriegsbeginn ist eine rückläufige Bewegung eingetreten, die noch lange nicht zum Abschluß gelangt ist. Uns fehlt Kunstdünger und Stalldünger. Die Kunstdüngerfrage ist eine Rohstofffrage und die Stalldüngerfrage ist eine Viehhaltungfrage. Die Viehhaltung in Deutschland ist

ungeheuer zurückgegangen.

Wenn auch die letzten Zählergebnisse eine kleine Zunahme erkennen lassen, so muß doch betont werden, daß das Fleischgewicht des einzelnen Tieres nicht mehr mit dem aus der Friedenszeit in Vergleich gestellt werden kann und daß demzufolge die Dünnerproduktion, die unmittelbar mit dem Anfang der Viehhaltung zusammenhängt, zurückgegangen ist. Kunstdünger wird zwar in großen Mengen fabriziert, aber die Preise dafür sind teilweise so hoch (Kraft fast 1000 Prozent Verkürzung), daß sich die Anwendung selbst bei den erhöhten Höchstpreisen nicht mehr rentiert. Auch in der Viehhaltung droht ein schwerer Rückfall einzutreten, weil die gegenwärtig geltenden Höchstpreise für Schlachtvieh, das abgeliefert werden muß, in gar keinem Verhältnis stehen zu den Auschaffungspreisen für Jung- und Buchvieh, für die es keine gesetzlich festgelegten Schranken gibt.

Die Futtermittel sind für den Handel freigegeben, die menschlichen Nahrungsmittel aber werden zu den gesetzlichen Höchstpreisen zwangsweise festgestellt. Diese

unglückselige Spaltung

der agrarischen Produkte in solche, für die Höchstpreise maßgebend sind, und in solche, deren Preisbildung feinerlei Schranken kennt, hat dazu geführt, daß der Preis für Hafer auf über 110 Mark pro Zentner gestiegen ist, daß das Heu 40 Mark und das Stroh 16 bis 17 Mark pro Zentner kostet. Wenn man diesen Preisen den Höchstpreis, beispielsweise für Kinder von 150 Mark pro Zentner Lebendgewicht, entgegenhält, so kann man ohne weiteres die außerordentlich schlechte Rentabilität der Schlachtviehzucht ermessen. Verschiedene Städte haben aus Fleischnot schon zu einer Umgehung der Viehhöchstpreise durch den Abschluß von Mastverträgen mit Viehhaltern gegriffen, durch die das Mehrfache des Höchstpreises herauskommt.

Die natürliche Folge der geltenden Höchstpreise muß sein, daß der Landwirt, der zu seinen Wirtschaftsgütern auch den Flehenstritt zählt, der Viehhaltung nicht mehr das Gewicht beilegt, das sie früher hatte. Er wird sich in verstärktem Maß auf den Anbau solcher Früchte werfen, deren

Preisbildung, wie die der Industrieprodukte, im freien Handel erfolgt, und das sind Futtermittel und Hülsenfrüchte.

Die gegenwärtige Preispolitik auf dem Lebensmittelmarkt birgt aber weiterhin die große Gefahr, daß die Landwirtschaft mehr und mehr zur extensiven Wirtschaft getrieben wird. Die Stalldüngerproduktion wird dem Landwirt, der die Futtermittel zum Marktpreis einsetzt, viel zu teuer. Es ist vorteilhafter für ihn, die

Felder brachliegen und sich erholen zu lassen. Es ist weiterhin vorteilhafter für ihn, die viel Düngestoff beanspruchenden Pflanzen, wie z. B. den Weizen, durch Hafer, der weniger Düngestoff beansprucht, zu ersezten, der ihm noch dabei einen unerhört hohen Preis einbringt. Die extensive Wirtschaft erspart ihm aber auch den starken Verbrauch von landwirtschaftlichen Geräten und Maschinen, die im Preis ebenso wie die Reparaturkosten unendlich viel stärker gestiegen sind als die Preise für die zwangsbewirtschafteten Feldprodukte.

Das sind nur einige Andeutungen, die bezoogenen sollen, daß man der Stärkung der deutschen Landwirtschaft und der Nahrungsmittelpolitik größte Achtsamkeit schenke.

Die gegenwärtige Preispolitik birgt die Gefahr in sich, daß die eigene landwirtschaftliche Produktion noch weiter sinkt. Dieses Sinken zwinge aber zu gleichzeitiger entsprechender Steigerung der Einfuhr aus dem Auslande. Die ausländischen Lebensmittelpreise sind für die Gesundheit der deutschen Bevölkerung zurzeit

glattweg unterschwindlich.

Wenn wir vermeiden wollen, daß wir mit unserm Nahrungsmittelbedarf in steigendem Maße von dem teuren Ausland abhängig werden, so müssen wir alle Mittel anwenden, die die Landwirtschaft zu stärkster und intensiver Leistung anstreben. Die Landwirtschaft besitzt für die deutsche Bevölkerungspolitik und Volksnährung die größte Bedeutung. Wenn wir uns leidenschafts- und vorurtheilslos diese These zu eigen machen, so müssen wir verlangen, daß alles getan wird, um das letzte Frümchen deutscher Ackererde mit Sorgfalt zu behandeln und die Landwirtschaft zu höchster Arbeitsleistung zugunsten unserer Volksnährung einzurichten.

Dazu ist notwendig, daß die Produktionsbedingungen der Landwirtschaft sorgfältig untersucht, die Preise so eingerichtet werden, daß sie in einem angemessenen Verhältnis zu den Preisen der notwendigen Industrieprodukte stehen, die der Landwirt zur intensiven Bewirtschaftung seines Bodens notwendig hat. Damit wird der Kreis, die Produkte im Schleichhandel zu verbreiten, verhindert. Außerdem ist die Preise leichter festzusetzen, aber auch die rücksichtlose Machinationen zur restlosen Ablieferung des Überschusses durch die Landwirte. Man fürchte nicht, daß man dadurch zu außergewöhnlich starken Mehraufwendungen gelangt. Denn heute werden durch den sehr umfangreichen Schleichhandel Summen für Lebensmittel aufgewendet, die wahrscheinlich vollkommen ausreichend wären, diese Mehraufwendungen zu decken.

Schließlich muß man sich nächstern und ohne Parteiprägnanz auf die Wirkung der Auslandsebensmittelpreise auf die Tasche der deutschen Verbraucher vor Augen führen. Je mehr wir aus der eignen Landwirtschaft heranzuholen vermögen, desto weniger sind wir gezwungen, die ungewöhnlichen Preise für ausländische Lebensmittel, die wir ja doch auf die Dauer nicht bezahlen können, aufzuwenden.

Es bedarf natürlich keiner Betonung, daß das Einkommen der kleinen Leute, namentlich der Lohn- und Gehaltsempfänger so geordnet werden muß, daß ihre Lebenshaltung gesichert bleibt. —

Ein gegenrevolutionärer Aufruf.

In wenigen Tagen soll der Friede ratifiziert werden. Dann wird die Frage der Auslieferung jener Deutschen, die von der Entente als Schuldige am Kriege betrachtet werden, in ein entscheidendes Stadium treten. Die deutsche Regierung hat mit der Unterzeichnung des Friedensvertrags auf die Verpflichtung zu dieser Auslieferung auf sich nehmen müssen; die Entente bestand darauf. Eine Weigerung, dieser Verpflichtung nachzukommen, wäre

gleichbedeutend mit dem Bruch des Friedensvertrags, dessen Inhalt die Rechtmäßigkeit der Reichsregierung mehr als einmal angefochten hat.

Die Auslieferung der Deutschen an unsre ehemaligen Feinde, an ein Gericht, dessen Voreingenommenheit von vorhersein feststeht, ist im Grunde genommen etwas Unethisches. Nicht etwa, daß wir die Kriegsschuldigen ihrer gerechten Strafe entziehen wollen. Das liegt uns fern. Aber sie hätten von uns selber zur Rechenschaft gezogen oder von einem neutralen Gericht abgeweitet werden müssen. Das ist nicht zu erreichen gewesen; wir müssen deshalb wohl oder übel die Auslieferungsbefristung des Friedensvertrags erfüllen, wenn es nicht durch Verhandlungen gelingt, am ihre Stelle irgend etwas anderes zu setzen.

Was unmöglich aber ist es, den alten Widerstand gegen die Auslieferung geradezu zu organisieren. Das zu tun, sind aber gewisse Kreise am Werk. In den bürgerlichen Kreisen — auch in der „Magdeb. Btg.“ — erschien dieser Tage ein von einem ehemaligen Ordensmann-Offizier beim Staats-Reinhard namens Gustav E. Machatz unterzeichnete Aufruf „An das deutsche Volk und die fünfzehnhundert“. Mit den fünfzehnhundert sind die Ausliefernden gemeint. Der Aufruf enthält folgende Sätze:

Deutsche Männer, deutsche Frauen aller Parteien, steht einig zusammen in den schwersten Stunden, die über unser Volk jemals gekommen sind.

Männer und Geld sind nötig für den Widerstand gegen die alliierten Häuser... Weiter die Beweidung der Geder wird öffentlich Rechtfertigung gelegt und dafür ein Aufsichtsausschuss eingerichtet werden.

Deutsche Männer — insbesondere die Kaufleute und Gewerbetreibenden — müssen sich bereitstellen, zu geringe Preise zu akzeptieren.

Sollte dieser Aufruf Erfolg haben, so würde das nicht mehr und nicht weniger bedeuten, als daß wir wieder in die schärfsten Differenzen mit der Entente gestürzt würden. Sie würde uns mit Bruch des Friedensvertrags anfallen. Die Regierung kann darum gar nicht schnell genug gegen den Unterzeichner des Aufrufs einschreiten, der sich damit zweifellos des Hochverrats schuldig gemacht hat. Es bringt obendrein über tausende deutscher Familien neues Leid, die schon den Zeitpunkt des Entlassung ihrer Angehörigen aus französischer Gefangenschaft herannahen sehen. Diese Gefangenen werden nicht freigesetzt, wenn Deutschland nicht seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag erfüllt.

Was aber noch schlimmer ist als das alles, das ist, daß sich hinter dem Aufruf nichts mehr und nichts weniger als die Organisation der Gegenrevolution vom rechts verbirgt. Die Auslieferung der Kriegsschuldigen Deutschen soll der Reaktion das Zeichen zum Loslösungen sein. Die Herrschäften fühlen sich außerordentlich stark. Sie werden sich aber blutige Köpfe holen, sollten sie wirklich die Vermessensheit besitzen, den Bürgerkrieg zu entfesseln. Das Beste aber ist, dem vorzubeugen. Mit rücksichtloser Entschlossenheit muß datum die Regierung alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um die reaktionären Putschversuche im Reime zu ersticken. Sie darf da vor niemand haltmachen. Wer den Bürgerkrieg ins Land tragen will, wer auf eine gewaltsame Umkehr der Verhältnisse hinarbeitet, der verdient keine Nachsicht, er muß ohne Gnade fallgeschlagen werden. —

Die Eisenbahnerbewegung.

In Frankfurt a. M. haben die Arbeiter der Werftstätten am Montag morgen in der passiven Resistenzen verhaftet. Von mittags an hat sich dagegen die Arbeitsleistung so erheblich gehoben, daß der Präsident am Dienstag morgen von der ihm erteilten Ernennung, die Werke zu schließen, noch keinen Gebrauch gemacht hat. Er hat jedoch den Arbeitern eröffnet, daß, wenn die Arbeitsleistung wieder sinken sollte, er die Werftstätten schließen würde.

In Köln und im Bezirk Köln ist es überall ruhig. Niemand sind Streiks, nirgends ist passive Resistenzen. Allenthalben ist jedoch eine gewisse Bewegung unter den Eisenbahnerarbeiterchaft zu bemerken.

Im Elberfelder Bezirk dagegen hat diese Erregung bereits zu offenen Streiken geführt. In diesem Bezirk wird auf einer Reihe von größeren Bahnhöfen, so in Düsseldorf, Elberfeld und Wuppertal gestreikt. Der Betrieb ruht oder wird je nach der Ausdehnung des Streikes notdürftig weitergeführt. In den übrigen Gegenden Deutschlands, so in Thüringen und Schlesien, ist alles ruhig.

Ein Teil der Eisenbahner auf den Düsseldorfer Bahnhöfen ist in den Ausstand getreten. Infolgedessen mußte der Güterverkehr vollständig stillgelegt werden; die Streikenden beabsichtigen, nur noch die Lebensmittelversorgung aufrechtzuhalten. Der Personenzugverkehr ist bisher teilweise durchgeführt worden.

Wie bereits bekannt, haben am Montag nachmittags, nachdem die Weihnachtspause beendet war, die Verhandlungen über den Tarif wieder begonnen. Die Arbeiterschaft ist dabei mit erheblichen neuen Forderungen aufgetreten und verlangt, unter Hinweis auf die fortschreitende große Teuerung der wichtigsten Lebensmittel, eine wesentliche Erhöhung der von der Verwaltung schon gewährten Abschlagszahlungen vor Abschluß des Tariffs. Sie hat an die preußische Staatsregierung eine Eingabe in diesem Sinne gerichtet. Am Dienstag wurden die Verhandlungen zwischen den Verwaltungen und den Arbeitern fortgesetzt und die Lebensmittelverhältnisse und die bezahlten Löhne in einer Reihe von Direktionen im einzelnen durchgegangen. Es besteht die Absicht, im ganzen Lande die bezahlten Löhne in der Eisenbahnverwaltung mit den Löhnen in der Industrie und in der Landwirtschaft zu vergleichen. Ein gewisser Ausgleich ist bereits insofern schon eingetreten, als seit dem 1. Januar, mit Rücksicht darauf, daß der Tarifvertrag bis zum 1. Januar nicht zustande gekommen war, Abschlagszahlungen gedehnt werden, die für Berlin 50 Pf., für die Großindustriebezirke 40 Pf., für das übrige Reich 30 Pf., für die ungelehrten Arbeiter je 10 Pf., weniger betrugen. Für die Handwerker in Berlin ist also eine wöchentliche Lohnerschöpfung von 24 Mark eingetreten. Diese Abschlagszahlungen bedeuten in ihrer gegenwärtigen Form einen monatlichen Aufwand von 40 bis 60 Millionen Mark.

Von dem Vorstand des Eisenbahnwerkstättenamts erhalten wir folgende merkwürdige Zuschrift:

Auf Grund des Beschreibes ersuchen wir ergebenst um Aufnahme folgender Erklärung:

Die Verwaltung hat keine Veranlassung, auf die Ausführungen in dem Artikel „Eine moderne Eisenbahn-Hauptwerkstatt“ in Ihrer Zeitung vom 6. Januar einzugehen, so lange nicht der Verfasser mit voller Namensnennung an die Leistungsfähigkeit tritt. Um übrigen muß nach der Art der Darlegungen und nach den angestellten Ermittlungen geschlossen werden, daß ein für die Beurteilung der Verhältnisse in der Hauptwerkstatt Butten beweiser Sauberständiger nicht der Verfasser des Artikels sein kann. Beese.

Hierzu ist zu bemerken, daß die Zuschrift keine Wichtigstellung irgendwelcher Art enthält, daß wir also preßgesetzlich nicht verpflichtet wären, sie zu veröffentlichen. Für den Artikel übernimmt die Redaktion die volle Verantwortung. Das muß dem Vorstand des Werkstättenamts genügen. Die Zumutung, unsern Genährmann zu nennen, lehnen wir natürlich ab. Nicht auf den Schreiber kommt es an, sondern auf das, was er zu sagen hatte. Es ist nicht nur unser gutes Recht, es ist unsere Pflicht, Mißstände in Betrieben, die aus öffentlichen Mitteln erhalten werden, zu kritisieren. Was der Vorstand des Werkstättenamts vorgutbringen weiß, ist nichts als eine lehme Ausrede. —

Der Versicherungsangestelltenstreit.

In einer Reihe von Tageszeitungen wird an Hand von Zahlen auf die volkswirtschaftliche Gefahr des drohenden Versicherungsangestelltenstreits hingewiesen. Aus dieser Erkenntnis heraus entsprang wohl auch eine Anregung des Reichsaussichtsamt, an den Arbeitgeberverband heranzutreten. Unter dem 29. Dezember lehnte jedoch der Arbeitgeberverband vorläufig ein Eingehen auf Verhandlungen ab, trotzdem er in dem Schreiben an das Reichsaussichtsamt dazu aufgeführt wurde, daß er „in richtiger Einschätzung des mit einem allgemeinen Streik der Versicherungsangestellten für alle Beteiligten unbedingt verbündeten schweren Nachteile handle“. Das Reichsaussichtsamt hat auch gesetzliche Möglichkeiten, sich zwar nicht in den Konflikt zwischen Angestellteninteressen und den Interessen der Unternehmungsbürokratie einzumischen, wohl aber die Interessen der Versicherungen gegenüber den einzelnen Unternehmungen zu wahren.

Angeglichen der oben mitgeteilten Erkenntnis des Arbeitgeberverbandes von den schweren Nachteilungen, die der Versicherungen warten, ist es unverständlich, wie das Reichsaussichtsamt trotzdem am 20. Dezember schriftlich nachstehende Stellungnahme fundgeb:

Die Arbeitgeber selbst stehen auf dem Standpunkte, daß ein lang andauernder Streik die berechtigten Interessen der Versicherungen nicht in beträchtlichem Maße in Mitleidenschaft ziehen würde. Sie haben darüber dem Amt eine Reihe von Vorlagen gemacht, aus denen sich ergibt, daß zur Abwendung eines etwa drohenden Versicherungsnotstandes eine Reihe von Maßnahmen getroffen sind, welche, soweit sich zurzeit übersehen läßt, Schwierigkeiten der Versicherungen hinkantahnen könnten.

Merkwürdig ist die Doppelzüngigkeit der mitgeteilten Angaben des Arbeitgeberverbandes vom 29. und 30. Dezember. Die Schädigung der Versicherungen wird natürlich eintreten; sie wäre leicht abzuwenden, wenn der Arbeitgeberverband vor seinem unberechtigten Standpunkt abgegangen wäre, daß er das Monopol dafür besitzt, zu bestimmen, welche Organisation die Angestellten vertreten. Bekanntlich fordert der Zentralverband der Angestellten lediglich, daß nur solche Angestelltenvertretungen mit verhandeln, die nachweisbar von einem nennenswerten Teile der Angestellten beauftragt worden sind. Hinter dem ablehnenden Standpunkte des Arbeitgeberverbandes verbirgt sich die sehr reale Neigung, mit Hilfe eingerichteter Forderungen von Scheinorganisationen durch Herbeiziehung dieser zu den Verhandlungen die berechtigten Forderungen der Versicherungsangestellten empfindlich herabzudrücken.

Die aus allen Orten des Reiches einlaufenden Abstimmungsresultate zeigen fast überall dasselbe Bild, daß sich nämlich 90 Prozent aller Stimmen für den Streik aussprechen. Das Gesamtergebnis der Abstimmung wird vermutlich erst im Laufe des Mittwoch festgestellt werden können.

Im Zentralverband der Angestellten ist nun das Abstimmungsresultat für Berlin und das Reich bekanntgegeben. Es haben für den Streik gestimmt 86 Prozent, dagegen 11,5 Prozent, 2,2 Prozent haben sich der Stimme enthalten. Am Mittwoch findet eine Sitzung des Zentralverbandes statt, in der zu der Frage eines Streites endgültig Stellung genommen werden soll. Die Entscheidung wird davon abhängen, wie die Sitzung im Reichsarbeitsministerium verlaufen wird, zu der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geladen sind. Die Arbeitgeber werden wahrscheinlich an dieser Sitzung nicht teilnehmen. —

So wird Deutschland ruinirt.

Eine Hamburger Firma, Halbergs Propaganda-Bureau, Hamburg 10, Giesenstraße 49, bringt es fertig, so wird unserm Hamburger Parteiblatt geschriften, zweiteilige Postkarten mit der Einladung zu Geschäftsvorbindungen mit folgenden fettgedruckten Überschriften und entsprechendem Text ins Ausland zu versenden:

Take advantage of the low rate of the German Mark! — Profitiere du cours bas de la marc allemand! Profitiere Sie von dem niedrigen Kurs der deutschen Reichsmark!

Als Beispiel, wie ebenso geschäftstüchtige wie skrupellose Schieber Deutschland ruinieren, nagen wir dieses saubere „Propagandabureau“ hier an den Pranger. Nicht genug, daß den Agenten des Auslands Tür und Tor geöffnet ist, daß sie überall auftaufen, was an Werken sie erreichen können, es müssen sich noch Deutsche finden, die, ungeachtet dessen, daß sie ihre Heimat und sich selbst der Verachtung des Auslands preisgeben, ihrem eigenen Volke nur um ihres schändigen Profits willen das Rechte nehmen. —

Reinhards Abschied.

In der reaktionären Presse erzählt Oberst Reinhard a. D. von seinem Abschied. Die Stellung der Ehrenkompanie für Hindenburg gab vorerst nur Grund, ihn für eine Versetzung nach Glogau für reif zu erachten. Inzwischen begann seine Rolle bei der Gründung der Matrosen bekannt zu werden, und am 11. Dezember wurde ihm mitgeteilt, daß er innerhalb weniger Stunden auf Wunsch des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers seinen Abschied einzurichten hätte. Beide seien der Meinung, daß Reinhard, wenn er seinerzeit nicht stoff und Nerven verloren hätte, die Geschichte noch hätte verhindern können. Dazu bemerkte Reinhard, daß er immer so gehandelt haben würde, wie es geschehen war. Zu seiner Freude sei Oberleutnant Mario freigesprochen worden.

Verner sei ihm mitgeteilt worden, die Regierung hätte ihm übelgenommen, daß er als Vorsitzender des Deutschen Nationalen Jugendbundes die Hindenburg-Gedenkungen verhindert habe. Darauf hatte Herr Reinhard den für einen republikanischen Militär sehr dreisten Mut, zu erwidern, er könne weder dem Präsidenten noch dem Reichskanzler ein Urteil über seine militärischen Handlungen zugesetzen. Als ihm weiter gesagt wurde, daß, wenn er nicht genug geben müsse, meinte er gleichzeitig, daß könne er auch nicht anders. Nunmehr wurde ihm eröffnet, daß er den Beschluss der Regierung sofort zu verschwinden, für Hindenburg zu erachten habe.

Zuletzt wurde versucht, dem braven Gallifet ein höchst unangebrachtes Biederholz aufzudrehen. Er sollte General werden, wenn er nur gehe. Darauf wurde er stolz wie ein Löwe, bestimmt und verzögert sogar auf die roten Streifen. Das Reichsministerium kann diese Schilderungen noch nicht bestätigen, häst sie aber für glaubwürdig. —

Bereitnde und vorrumpierte Beamte.

In Nr. 900 der ehemals demokratischen „Magdeburgischen Zeitung“ wird im Leitartikel „Hände weg von Preußen“ neben andern aus den Fingern gesogenen Behauptungen auch gesagt: „man . . . ließ das alte läufige Beamtentum politisch zerreißen, ließ es finanziell vereilen und sich korrumptieren . . .“ Wer nur einigermaßen mit den Beamtenverhältnissen in der Zeit vor dem Krieg und während desselben vertraut ist, weiß, wird über die Unberührtheit dieser Behauptungen nicht wenig beeindruckt sein. Dass sich die brave „Magdeburgische“, die sich immer mehr nach rechts zurückentwickelt, über die angebliche Versezung des Beamtentums aufregt, ist ihr nicht weiter übelzunehmen, sie kann nun einmal nicht aus der alten nationalliberalen Haut heraus. Die politische Versezung des Beamtentums besteht nämlich ganz einfach darin, daß, als die Revolution den Beamten die politische Freiheit gab, sich die Beamten in Scharen den sozialistischen Parteien zuwandten. Landrichter, Assessoren, mittlere und untere Beamte, Oberlehrer, Lehrer, Lehrerinnen sind jetzt zahlreich in den Reihen der Sozialdemokratischen Partei vorhanden. Unter der „väterlichen“ Führung der früheren Regierungen durfte sich die Beamtenchaft bei den konservativen Parteien, dem Zentrum und allenfalls noch bei den Freisinnigen politisch betätigen. Das war in schönster Ordnung nach dem Sinne der „Magdeburgischen“. Seht, wo große Teile der Beamten sozialistisch organisiert und orientiert sind, spricht sie von politischer Versezung — der Vergelt ist zu verstehen.

Weniger jedoch ist die Behauptung zu verstehen, ja beruft direkt auf Unwahrheit, daß „man“, worunter „man“ die jetzige Regierung bzw. die Regierungen seit der Revolution versteht, daß „man“ also das Beamtentum finanziell vereilen und sich korrumptieren läßt. Hätte der Artikelbeschreiber nur eine Ahnung von den wirklichen Verhältnissen, er würde eine derartige verlogene Behauptung nicht aufgestellt haben. Tatsache ist, daß schon in Friedenszeiten die Beamtenchaft finanziell vereilt war, Tatsache ist, daß während des Krieges der Beamtenhof erst gar nicht und dann in ganz mangelhafter Weise geholfen wurde. Tatsache ist z. B., daß Beamten mit 1 und 2 Kindern als Beihilfen 6 Mark monatlich gewährt wurden. (Oktober 1916), obwohl die Not schon damals groß war. Tatsache ist aber auch ferner, daß die erste größere Leistungszulage den Beamten kurz nach der Revolution gewährt wurde, daß die erste großzügige Regelung der Leistungszulagen im Frühjahr vorigen Jahres erfolgte und daß eine weitere größere einmalige Bezahlungssumme im Herbst vorigen Jahres gezahlt wurde.

Wenn man sieht, wie früher die Beamten politisch entrichtet und finanziell gedrückt wurden, so kommt man zu dem ungemein Erstaunen. Früher ließ man die Beamten tatsächlich finanziell vereilen, jetzt bemüht die Regierung sich wenigstens nach besten Kräften, ihnen zu helfen. Wenn das jetzt nicht so geht, wie sie selber möchte und die Beamten es wünschen, so liegt die Schuld an den verschafften, ungünstlichen Verhältnissen unsers Vaterlandes, die herbeigeführt zu haben die „Magdeburgische“ und ihre nationalliberalen Hintermänner ein großes Teil von Schuld tragen.

Dass weiter die jetzige Regierung an der Korruption des Beamtentums schuld haben soll, ist eine gleich läufige und leichtfertige Behauptung. Hätte man das Beamtentum nicht vor dem Kriege und besonders während desselben finanziell vereilen lassen, hätte man während des Krieges, als die Korruption im Handel, in der Industrie und Landwirtschaft eintrat, hätte man da fast zugegriffen, so wäre manches anders. Aber freilich — biete viele verderben gute Güten. Es ist natürlich ein Billiges und

begreves Vergnügen, auf die Korruption zu schimpfen, wenn man selbst aus dem wollen schämen kann, wenn man in der Lage ist, sich trotz der allgemeinen Not noch alle Genüsse zu verschaffen. Die Wege zur Abhilfe lagen doch damals nahe, warum betrat man sie nicht, warum gab man den Beamten kein ausreichendes Einkommen, damit der arme Teufel nicht der Versuchung zu unterliegen brauchte? Was jetzt eine Schraube ohne Ende wird, wäre damals mit Leichtigkeit zu bestredigen gewesen.

So liegen die Dinge und nicht anders. Vielleicht orientiert sich der Leiter des „Magdeburgischen“ ein andermal besser, ehe er deratliche Unwahrheiten, wie in dem angeführten Artikel, in die Welt setzt. —

Die Militärversorgungsgerichte.

Der dauernde Ruf der Kriegsopfer und die unermüdliche Agitation des Reichskundes der Kriegsbeschädigten für ein ordentliches Gerichtsverfahren haben schließlich Erfolg gehabt. Durch die Verordnung vom 1. Februar 1919 sind die Militärversorgungsgerichte und das Reichsmilitärversorgungsgericht geschaffen worden. Sie sind in den Landesgebieten den bestehenden Oberversicherungsämtern angegliedert; das Reichsmilitärversorgungsgericht ist dem Reichsversicherungsamt in Berlin angeschlossen. Die Zusammenfassung ist eine ähnliche wie bei den Sprachstammern der Oberversicherungsämter. In der Meistersprechung nehmen Vertreter der Kriegsbeschädigten teil, die aus den Reihen der ehemaligen aktiven Militärpersonen auf Vorschlag der Bevölkerung kommenden Organisationen ausgewählt werden sind.

Durch diese vollzäumliche Zusammenfassung der Sprachstammern und durch die Mitwirkung von Kriegsbeschädigten bei der Urteilsfindung der Sprachstämme der Kriegsopfer gewinnt die Meistersprechung bei den Klägern an Vertrauen.

Für die Notwendigkeit der Errichtung solcher Militärversorgungsgerichte, die bereits seit einiger Zeit ihre Tätigkeit aufgenommen haben, spricht deren lebhafte Ansprüche durch die Kriegsopfer. Allein beim Militärversorgungsgericht in Magdeburg sind weit über 1100 Berufungen gegen die von den Militärversorgungsämtern erlassenen Bescheide im Jahre 1919 anhängig gemacht worden.

Aus den ergänzenden Entscheidungen wollen wir einige vom Arbeiterssekretariat Magdeburg bearbeitete und auch in der mündlichen Verhandlung vertretene Fälle anführen, da sie sowohl für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene als auch für die Allgemeinheit von Interesse sind.

Bei einem Landsturmmanne hat sich als Folge einer während der Dienstzeit entstandenen Lungenerkrankung eine Brustfellverwachung, verbunden mit Blutarmut und Nervenschwäche, eingesetzt. Die Rentenansprüche wurden vom Versorgungsamt abgelehnt, weil die Krankheit nicht während des Dienstes, sondern auf Urlaub entstanden sein sollte. Der Gegenbeschwerde wurde vor dem Militärversorgungsgericht erbracht, so daß der Mann eine Rente von 25 Prozent für Kriegsdiensbeschädigung erhält. —

Ein Defonctionenbeamter war im Felde durch Schülerschuß verwundet worden. Nach erfolgter Heilung ist er als Kriegsverwundungsfähig aus dem Lazarett entlassen. Bei einer Leidensparade stellen sich Schmerzen in den Beinen ein und er wurde wegen Gangstörungen wiederholt im Lazarett behandelt. Seine Ansprüche auf Anerkennung dieses Leidens als Kriegsdiensbeschädigung wurden vom Kriegsministerium abgelehnt. Auf seine Berufung erkannte das Militärversorgungsgericht nur Friedensdiensbeschädigung an und bewilligte ihm eine Rente von 15 Prozent. —

Ein Landsturmmanne war als f. v. eingezogen. Es bestand ein leichtes Ohrenleiden links. Durch die Strapazen des Krieges in Russland hat er sich eine rechtseitige Mittelohrvereiterung und einen chronischen Nasenkatarrh zugezogen. Er ist dann am 19. August 1916 aus dem Heeresdienst entlassen. Er wurde aber so hinsichtlich, daß er im November ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen möchte. Bei der Untersuchung wurde eine Hörsperngewichtsabnahme und ein Lungenstrikotath festgestellt. Das Lungenleiden wurde durch Beobachtung als ein tuberkulöses erkannt. Der Mann erhob Versorgungsansprüche, die vom Kriegsministerium abgelehnt wurden. Das Militärversorgungsgericht aber hat das Lungenleiden als Kriegsdiensbeschädigung anerkannt und dem Kämpfer eine Rente von 25 Prozent zugesprochen. Der Anspruch auf Entschädigung des Ohrenleidens wurde allerdings abgelehnt. —

Eine Witwe stellte Ansprüche auf Witwen- und Waisenversorgung, da ihr Gemann im Felde sich eine schwere Erkrankung an Stuhl sowie ein Magen- und Herzleiden zugezogen habe und später an den Folgen dieser beiden verstorben sei. Das Verwungsamt des 9. Armeekorps lehnte diese Ansprüche ab. Nach eingehender Beweiseherabsetzung hat das Militärversorgungsgericht für Recht erkannt: „Das vor dem Eintritt in das Heer bestehende Magerleiden ist durch den Dienst im Felde verschwommen, daß infolge dieser Verhinderung schließlich kein Tod eingetreten sei. Den Hinterbliebenen — Witwe und Waise — stehen deshalb die Gebühren für Kriegsversorgung zu.“ —

Falls die Anspruch auf Versorgung erhebenden Personen mit solchen Entscheidungen des Militärversorgungsgerichts nicht zufrieden sind, können sie diese durch die Rechtsklage anfechten. Sollte von diesem Rechtsmittel Gebrauch gemacht werden, so werden die Kläger auch vor dem Reichsmilitärgericht Weistand und Vertretung durch das Central-Arbeitssekretariat finden. —

Zur Nachahmung empfohlen!

In Österreich hat der mit der Leitung des Unterrichtsamts betraute Staatssekretär verfügt, daß die Schülerbüchereien, die einen außerordentlich wertvollen Unterrichts- und Erziehungsbehelf bieten, einer Überprüfung unterzogen werden. Dies inhaltlich Wertvolle und alles, was den veränderten sozialistischen Verhältnissen nicht entspricht, soll ausgeschieden und durch Schriften ersetzt werden, die den Entwicklungsgang des jugendlichen Geistes, im guten Sinne zu beeinflussen, sein Innenselben zu bereichern und sein Wissen zu vertiefen vermögen. In den Landeshauptstädten werden eigene Prüfungsausschüsse für Jugendbüchereien errichtet werden. Um eine zunächst enge Verpflichtung des Lehrstoffes mit dem Unterricht zu ermöglichen, sollen die Geschäftsbüchereien der einzelnen Schulen in Klassenzimmer ausgelöst werden. Die Bücher sollen den Schülern nicht nur als Lehrstoff mit nach Hause gegeben werden, sondern sollen auch als gemeinsame Klassensestoffs dienen. Womöglich soll jedem Kind jährlich ein Buch als Geschenk überlassen werden. Für die schulentschlossene Jugend ist die Gründung eigener Lesegäste oder die Angliederung einzelner Jugendabteilungen an die Volksschulen vorgesehen. —

Schwierige Etataufstellung.

Das Jahr 1920 bringt mit andern neuen Reichsteuern bekanntlich auch die Reichseinkommensteuer. Von dieser wird ein gewisser Anteil den einzelnen Ländern und den Gemeinden überwiesen. Das Recht selbständiger Einkommensteuerung durch die Einzelstaaten und Gemeinden besteht nicht mehr. Die verdeckte Drittteilung des Reichs-Einkommensteuergeiges hat dazu geführt, daß die Einzelstaaten und Gemeinden noch nicht wissen, welchen Betrag sie aus der Einkommensteuer zugewiesen erhalten.

Preußische Lotterie

Ziehung (1. Kl.) am 13. u. 14. Januar 1920

Lose Nr. 14. 15. 16. 17. 18. zur 241. Lotterie

ist noch abzugeben Preußischer Lotterie-Einnahmer

Paul Otto Gerike, Kaisery- 48, Fernspr.

Paul Otto Gerike, strasse 48, Nr. 408.

Preußische Klassenlotterie.

Bur. 1. Klasse 15. (241.) Ziehung (Ziehung am 18. und 19. Januar sind noch 2. 3. in 2000)

1/2 1/2 1/2 1/2 1/2 Abschafft

zu 21 M. 10.50 M. 5.25 M. vorzeitig

Lotterie-Einnahme Max Heinecke Magdeburg, Kaiser-

Krake 87a, Tel. 748.

Preußische Klassenlotterie.

Bur. 1. Klasse 15. (241.) Ziehung (Ziehung am 18. und 19. Januar sind noch 2. 3. in 2000)

1/2 1/2 1/2 1/2 1/2 Abschafft

zu 21 M. 10.50 M. 5.25 M. vorzeitig

Lotterie-Einnahme Max Heinecke Magdeburg, Kaiser-

Krake 87a, Tel. 748.

Berlitz-Schule

Sprach-Schule für Erwachsene.

Engl., Franz., Span., Ital., Russ.,

Deutsch für Ausländer.

Einzel- und Klassen-Unterricht während des ganzen Tages. Ministrat jederzeit.

Neutestlicher Unterricht. Der Schüler hört und spricht „von der ersten Stunde an nur die zu erlernende Sprache“.

GeschäftsSprache. — Literatur.

— Vorbereitung für Reisen ins Ausland. —

Steinstraße 1.

Prospekte kostenlos. 0223 Prospekte kostenlos.

Friedensqualitäten

in Mantel-, Kostüm-, Anzugs-, Futter-

und Seiltbahnstoffen empfiehlt

Rudolf Fass, Bismarckstr. 48, I.

Anträge zur sofortigen Lieferung in

Prima Brenntorf gut moden

stilvolle, elegante, farbige

Prima Brennholz für den Herren

übernehmen

Verkaufskantor der Gabrielzeche

Bürozeile 223.

Numm. Telefon 600, 610, 620, 670, 680

Rechtsbüro Referendar a. D. Lohmann, Dr. philos. 6. Juristenrecht 600. Berufsfachschule für Angestellte 600. Auskunft und alle finanziellen Beratungen

in Ehesachen

und allen anderen Rechtsfragen. — Spezial 10-1, 2-4, Sonnabend 10-1 Uhr.

für alle Sorten

Felle und Häute

aus allen Teilen der

die allerhöchsten Preise

mit in der

Leipziger Einkaufs-Zentrale

Hops, Magdeburg

Jakobstrasse 40 Jakobstrasse 40

Großnahmestelle für Händler u. Sammler

Meyers Handlexikon!

Etwa 760 Seiten, 75.000 Bildtafeln, 1600 Abbildungen, 2 bunte

und 2 schwarz-Weiß sowie 45 farbige u. schwärze Seiten.

Was hat sich in den letzten zweihundert Jahren ab-

gespielt? Wie sieht die Welt von heute aus? Welches sind

die wichtigsten Ereignisse des Krieges? Welche politischen

und wissenschaftlichen Erkenntnisse hat er, welche der Friede-

und Frieden gebracht? Welche Staaten haben, was für Fehler haben

den Deutschen neu erkannt? Welche Fort- und Rückwärts-

bewegungen gibt es?

Auf all diese Fragen gibt das erste Friedenslexikon

die einzigartige Antwort. Die Ausgabung desselben ist

deutsch sehr unbedingt zu empfehlen.

Preis in einem Sammelband Mark 64.00. Auch gegen

monatliche Zahlungen von Mark 8.00 zum Dreieck von

Mark 4.00 zu bezahlen von

Edmund Hermann Abt. 60, Berlin, Fruchtstr. 51.

Magdeburg, den 8. Januar 1920.

Meinen werten Geschäftsfreunden zur gefälligen Kenntnisnahme, daß die

Ausgabe meiner Fabrikate an Wiederbeschaffung nur noch durch mein

Stadtgeschäft Grünebaumstraße 8

erfolgt. Die Leitung bestehenden habe ich Herrn Dr. Habermann übertragen.

Alle Anfragen und Bestellungen bitte dorthin zu richten.

Wiederbeschaffung 8 bis 4 Uhr. — Gegenpreis 700.

Carl Meusel

großes Wurst- und Fleischwaren-Geschäft Magdeburgs.

Lichtspiele

Heute Donnerstag letzter Tag:

Rammer-Lichtspiele

Die Herrin der Welt

III. Teil

Der Rabbi von Kuan-Fu.

Haupdarsteller:

Mia May

Michael Robson Henry Bax.

Künstlerische Oberleitung: Joe May.

Ort der Handlung des 3. Teiles: China.

Zweitlich in sich abgeschlossen.

Der ungebetene Tangogast

Eustspiel in 2 Akten mit Valley Vora.

Colosseum

Tambild-Theater

Weisse Wand

Arno Starks Kraft im Kampf zwischen

Handwerk und

Maschine

vorwärts Drama in

4 Akten.

Hauptdarsteller:

Eduard Bos

Linus Ballon

Revolution im Boudoir

Eustspiel in 3 Akten mit

Eva Richter Karl Hartinger

Fraulein Vorsehung

Eustspiel in 3 Akten.

Kurier der Bank

Eustspiel in 2 Akten.

Spannender Detektiv-

film in 4 Akten.

Lichtspielhaus Panorama

Liebe, die sich frei verschenkt

Drama in 4 Teilen.

in den Hauptrollen:

Wanda Treumann

Reinhold Schünzel

Karl Beckersachs

Rolfs Ferienreise

tolles Lustspiel in 2 Akten — mit

Rolf Lindau - Schulz.

Spielzeit: 20.00 Uhr

20.00 Uhr

Beginn der Abendvorstellung 8.30 Uhr.

Stephanhallen

Direktion Rich. Frohner

10. Erstklassige

Varieté-Vorstellung

Eintrittskarte: 20.00. Sonnab-

dag 1.00. 20.00. 20.00.

20.00. 20.00.

Dem geehrten Publikum

machen wir hiermit bekannt,

dass wir das Restaurant

Wilhelmstädter Hof,

Wienstraße,

übernommen haben.

Es ist unter elektrisches Be-

leben, unter weinen Gäste

jeder Weise zu ihrer Zu-

friedenheit zu bedienen.

Bei geborgte Wurst und

Weine sowie bürgerlichen

Wittgen und Abendessen.

Veranstaltung immer noch

eine Woche frei.

Um gütigen Besuch zu bitten

gegebenenfalls

Hermann Dötsch u. Frau,

Wilhelmstädter Hof.

Abends 8 Uhr

übernommen haben.

Es ist unter elektrisches Be-

leben, unter weinen Gäste

jeder Weise zu ihrer Zu-

friedenheit zu bedienen.

Bei geborgte Wurst und

Weine sowie bürgerlichen

Wittgen und Abendessen.

Veranstaltung immer noch

eine Woche frei.

Um gütigen Besuch zu bitten

gegebenenfalls

Hermann Dötsch u. Frau,

Wilhelmstädter Hof.

Abends 8 Uhr

übernommen haben.

Es ist unter elektrisches Be-

leben, unter weinen Gäste

jeder Weise zu ihrer Zu-

friedenheit zu bedienen.

Bei geborgte Wurst und

Weine sowie bürgerlichen

Wittgen und Abendessen.

Veranstaltung immer noch

eine Woche frei.

Um gütigen Besuch zu bitten</p

Provinz und Umgegend.

Kreis Wanzleben.

Egeln, 7. Januar. (Sie kennen die Durchhalter.) Auf der Domäne ist in der Nacht zum Sonntag ein schwerer Einbruchsbefreiung verübt worden. Mit einem schweren Eisenriegel brachen die Türe die Eisengitter und Fensterkreuze vor den Kellerstufen los und drangen in den Keller ein, aus dem sie einen großen Posten Nahrungsmitte besondes eingelochte Sachen, und Weine stahlen. —

Wettinberg, 7. Januar. (Leben im Mittelverlauf.) Bei Fräulein, Egenau, Geboth, Neum und Kurnich wird noch Öl ohne Marken verabfolgt; das Pfund kostet 7,15 Pfst. — Verstellungen auf Unserburger Märkte sollen werden bis zum 8. Januar im Polizeibureau, Breite Straße 78, entgegenommen. —

Kreis Wolmirstedt-Meuhaldeusleben.

Ebendorf, 7. Januar. (Sozialdemokratischer Verein.) Am Sonnabend fand eine Mitgliederversammlung statt, die nur schwach besucht war. Der Mitgliederbestand kann als zufriedenstellend bezeichnet werden. Unter einigen Querläufen, die uns den Rücken gekreist haben, ist noch der alte Bestand vom ersten Quartal vorhanden. Traurig ist es, daß es noch immer Leute gibt, die aus persönlichen Gründen die Partei verlassen. Es wurden verschiedene Ortsangelegenheiten besprochen. Um endlich mit den Versammlungen aufzutämen, findet am Sonntag den 11. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Saal von Tenge eine Volksversammlung statt. Allen Parteien ist somit Gelegenheit gegeben, ihr Programm zu entwerfen. Zu dieser Aussprache müssen alle Einwohner pünktlich erscheinen. Referent unserer Partei ist das Mitglied der Preußischen Landesversammlung Genosse Misch. Die Arbeitshaft aller Gruppen muß zur Einsicht kommen und eine geschlossene Front im Kampfe gegen das Kapital bilden. — Einbrecher suchten in voriger Woche nach die Siegesfähige Windmühle beim. Es fielen ihnen mehrere Bentz, Mehl und Meie in die Hände. Es kann nicht schief genug ausgegangen werden, um solchen Leuten endlich das Handwerk zu legen.

Glaubenberg, 7. Januar. (Berichtigung.) Die in der gestrigen Nummer aus der Ostschaft Hindenburg (Kreis Stendal-Osterburg) gebrachte Notiz über gestohlene Militärsachen bezog sich auf unsern Ort. —

Götensleben, 7. Januar. (Eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins fand am Sonntag im Vereinslokal statt. Genosse Rechtsanwalt Heine erstellte Bericht von den Freistagssitzungen. Gemeindevorsteher Genosse Zinke gab den Bericht von der Bezirkskonferenz in Magdeburg. Es entspann sich eine sehr rege Debatte über die zu errichtende Einwohnerkarte. Es wurden den Genossen im Gemeinderat Richtlinien gegeben zur Stellungnahme in den kommenden Sitzungen, in denen die Frage der Einwohnerkarte zur Sprache kommt. Die Genossen wurden aufgefordert, wenn die Werte ins Leben gerufen wird, vollständig in dieselbe einzutreten. Ferner wurde beschlossen, in kürzer Zeit eine rege Agitation für die "Volksstimme" zu veranstalten. —

Höltensleben, 7. Januar. (Einem Schwandler) in die Hände gefallen ist ein Kleinkind aus Helmstedt. Diese konnte vor einigen Tagen einen Herrn in Helmstedt kennnen; sie gingen nach Höltensleben und wohnten in einer Gutswohnung Wohnung. Am andern Tage kam der Mann unter Würdigung von 200 Pfst. die sich das Mädchen eropft hatte, vorschnurden, auch eine echt gründere Uhr und einen Uhrenzettel hatte der Verbrecher mitgenommen. Wieder eine Warnung für junge, leichtgläubige Mädchen. — Zahlreiche Beweise sind bei der Gemeindeverwaltung bereits eingegangen. Schon die 40 Beweismeldungen werden in diesen Tagen vom Gemeindevorstand geprüft; die Wahl des Sekretärs findet bei der nächsten Gemeindevertreter-Sitzung statt. Die Kompetenz der Befreiung einer Sekretärstelle wird allzeit zu erkennen, da es ja infolge der vielen neuen Aufgaben, die in dieser Zeit an eine Gemeindeverwaltung gestellt werden, dem Gemeindevorsteher in einer Gemeinde von 5200 Seelen nicht mehr möglich ist, die Arbeiten allein auszuführen. —

Hommersdorf, 7. Januar. (Sozialdemokratischer Verein.) Am Sonntag abend 8 Uhr findet beim Genossen Maß eine Mitgliederversammlung statt. Es soll über wichtige Punkte eine klare Auseinandersetzung stattfinden. Die Mitglieder müssen deshalb vollständig erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Betritt. —

Kreis Sorichow 1 und 2.

Burg, 7. Januar. (Schwere Szenen) aus Berlin wollten in der Nacht zum 3. Januar eine Gruppe geben. Sie trafen sich bei der Wollerschen Schuhfabrik in der Brüderstraße herum, wurden aber beobachtet und von einem Polizeibeamten verfolgt; zwei wurden gefasst, von denen der eine vom Staatsanwalt freigesetzt wurde. —

Burg, 7. Januar. (Ein Pferdediebstahl) wurde auf dem Vorwerke Mädel vorgeführt nicht ausgeführt. Die Beine der beiden Pferde wurden im Stalle mit Daden bewestelt und dann fortgeführt. Ein Polizeibeamter holt den Reiter beim Morgengrauen in der Friedrichstadt zu Magdeburg an und nahm ihm die Tiere wieder ab. Der Reiter gab auch ohne weiteres zu, daß die Pferde in Mädel gestohlen seien. — Einem Vertraurten wurde am einen Schlafgenossen beginnend der Kopf abgetrennt. Er eignete sich aus dem verschlissenen Metzgerhof und aus der Brüderstraße seines Arbeitskollegen Geldbeträge an. Zur Strafe dafür muß er 4 Monate und 1 Woche Gefängnis verbüßen. —

Bären, 7. Januar. (Für das Kriegsdenkmal) konnten aus der Einnahme des Theaterrabeds des Sozialdemokratischen Vereins 100 Mark dem Bauwonds zugesetzt werden. —

Schieren, 7. Januar. (Verwahrung gegen die Darstellung) in Nummer 2 der "Volksstimme" legt die

Handelsfrau Schreiber ein. Wir melbten, daß bei einer Durchsuchung der Wohnung der Frau Schreiber Wurstwaren im Betriebe gefunden seien, die aus einem Diebstahl bei einer Frau Schreiber herrührten. Das soll nach Mitteilung der Frau Schreiber unrichtig sein. Sie habe die Wurst auf ehrliche Weise, wie ein jeder, der auf die Stationierung angewiesen ist, erworben und könne nachweisen, daß die Wurst nicht von der Witwe Schreiber stammt. Die Untersuchung wird ja wohl Ausklärung über diesen Fall schaffen. —

Kreis Quedlinburg-Oschersleben-Halbe.

Stadt, 7. Januar. (Unzählbares von Hottenrott.) Vieles ist man von ihm gewohnt und vieles ist man bestreitigt, ihm zuguttrauen. Was er aber anlässlich der von den Unabhängigen am Sonnabend abgehaltenen öffentlichen Versammlung verübt hat, übersteigt doch weit das, was man von ihm erwartet hat. Wir haben über diese Versammlung berichtet, daß Hottenrott zu ihr eingeladen gewesen, aber nicht erschienen sei, und daß viel von ihm, aber nichts Schmeichelhaftes, gesprochen sei. Hottenrott berichtet über die Versammlung unter der auffallenden Überschrift "Geplantes Attentat auf Haus Hottenrott". Ganz enttäuscht und mit todernster Miene erzählt er, daß ihm eine Dame, die sich nicht zu erkennen gegeben habe, telefonisch vor dem Besuch der Versammlung gewarnt habe, es wäre ein Überfall auf ihn geplant. Nun ist nicht streitig, daß heftig über ihn in der Versammlung hergezogen ist, daß auch gesagt ist, er müsse aus Stadtburg fort, wenn nicht gutwillig, dann mit Gewalt. Das bedeutet aber kein Attentat auf das Leben Hottenrotts und vor allen Dingen hat es kein Sozialdemokrat gesagt. Von uns hat nur einer, der Genosse Witschopp, gesprochen und er ist bei der kurzen Kritik Hottenrots absolut nicht so weit gegangen, seine Entfernung aus Stadtburg zu verlangen. Man vergessenmöchte sich auch immer, daß die Versammlung eine unabdingbare war. Und nachdem Hottenrott die Tatsache dieses Ausspruches konstatiert hat, fährt er fort, daß hinter diesem leidlichen (1) Plan andre Leute als die Arbeiter stecken. Unter den jugendlichen Arbeitern gebe es Heißsporne, die da glauben ein verdienstvolles Werk zu tun, wenn sie im Interesse der Partei einen kleinen Messerstich ausspielen. . . . wer wollte einen Verdacht erheben, wenn er (Hottenrott) imitiere zwischen Hunderten von Menschen plötzlich blutüberstreichend niedersinkt. Wer war der Täter? Und wer der Ansatter? Niemand! So weit also haben es die Stadtburg Sozialdemokraten schon gebracht, daß sie zum Menschenmord anstiften. Im weiteren beschuldigt er die "Mehrheitssocialisten", zu denen Stolze, Witschopp, Joseph usw. gehören, wie er sich ausdrückt, daß sie Gewalt anwenden wollen. Entrüstet rastet er aus: "Zum Etat aber wird uns ein Gegner, der um zum Ziele zu kommen, zur Mordeinfekte greifen will. Weil er uns geistig (1) nicht gewachsen ist, deshalb muß Revolver oder Messer zur Hilfe genommen werden. Und Joseph, Stolze usw. hören es und keiner protestiert gegen diese Menschheitsordnung." In der Tat, niemand hat gegen diese Menschheitsordnung protestiert, weil sie nur in der Bildung eines größtmöglichen Menschen besteht, der glaubt, eine so bedeutende Person zu sein, daß er ein Attentat wert wäre. Welche abtrüne Idee! Ohne irgendwelche Beweismittel, auf nichts gestützt als auf ein angebliches Telephonesprach einer unbekannten Dame und die ähnlich lautenden Mitteilungen einiger Herren, die vielleicht aus der Angst und dem schlechten Gewissen geboren sind, bestreitet Hottenrott die Sozialdemokraten der Absicht eines Attentats gegen ihn, und das ausgerechnet in einer öffentlichen Versammlung, mit der sie nichts zu tun hatten und in der sie der Voraussicht nach nur schauderbar waren. Und dieser Mann verlangt, als anständiger Mensch behandelt zu werden! —

Kreis Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode.

Osterwieck, 7. Januar. (Wegen Rohstoffpreisen) richte seit einigen Tagen die Arbeit auf den Harzer Stahl und Mengenverlusten. Nach schwierigen Verhandlungen des Vorsitzenden des Gewerbeausschusses mit dem Kultusminister ist ein neuer Tarif zwischen den Parteien vereinbart worden, der vorläufig bis zum 31. März in Kraft steht. Die Leute haben daraufhin die Arbeit wieder aufgenommen. —

Wernigerode, 7. Januar. (Die bereits) älter Art haben zwei Hotelbeamten ausgerichtet. Sie eigneten sich in verschiedenen Gastwirtschaften einen Brotlaib Fleisch, Butterbäse, Taschenfüller, einen Brodensoffer, Brantwein und Geld an. Die Strafanmerkung verurteilte die beiden Leichtsinnigen zu 6 bzw. 4 Monaten Gefängnis. —

Kreis Stendal-Osterburg.

Stendal, 7. Januar. (In der Stadtverordneten-Sitzung) verzichtete bei der Neuwahl des Präsidiums Genosse Brandenburg auf die Wiederaufnahme als Vorsitzender und legte gleichzeitig sein Stadtverordnetenmandat wegen Überbürohung wieder. Mit ihm schiedet einer der jüngsten Kommunalpolitiker aus der Stadtverordneten-Versammlung. Zum ersten Vorsitzender wurde darauf Genosse Hallmann, zum zweiten Studienrat Hornigk, von der bürgerlichen Fraktion gewählt. Für die Arbeiter in der südlichen Verwaltung wurden die Wöhne für die Zeit vom 5. Januar bis 31. März wie folgt festgelegt: Klasse 1: 17,20 Mark, Klasse 2: 16 Mark, Klasse 3: 14,80 Mark, Klasse 4: 8 Mark, Klasse 5: 5 bis 10,80 Mark. Infolge des Vertrags (für 10 Tonnen von 7000 Mark auf 23.000 Mark) mußte abermals eine Verkürzung des elektrischen Stromes beschlossen werden, und zwar von 85 Pfst. auf 1,50 Mark für die Kilowattstunde. Es wird sogar noch mit einer übermaligen Verkürzung auf 1,80 Mark die Stunde gerechnet. Um die Schwierigkeiten bei der Unterbringung von städtischen Pflegekindern zu beheben, soll ein städtisches Kindergarten geschaffen werden. Zu diesem Zwecke benötigte die Versammlung zum Ankauf einer Parade des Gefangenelagers 20.000 Mark, ferner für deren Innenausstattung, für 20 Kinder berechnete Ausstattung ebenfalls

20.000 Mark sowie 6000 Mark für tägliche Betriebsosten. Das Vorliege über die Organisation des Arbeitssatzes wurde an den Magistrat zurückverwiesen, da man in ihr bei weitem nicht den Anforderungen gerecht geworden ist, die an ein solches Amt zu stellen sind. Hierbei kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen mit dem Oberbürgermeister und dem Stadtrat Stucke, die auch auf das Gebiet der hohen Politik hinüberspielten. Der zuletzt Benannte stellte sich als einen aufrichtigen Demokraten heraus. Zur Kennzeichnung, daß er Anfang 1910 in einer öffentlichen Versammlung das Dreiklassenwahlrecht als eine ganz vernünftige Einrichtung bezeichnete. —

Stendal, 7. Januar. (Bon Eisenbahn diebstähle) scheint der Arbeiter Paul König seit Oktober gelebt zu haben. Er wurde festgenommen, als er die Fahrt von Berlin nach Stendal über Magdeburg ohne Fahrkarte durchzog. In seinem Besitz wurden Betriebsvordrucke gefunden. Seit Oktober ist der Mann ohne Wohnung und Beschäftigung. —

Kreis Salzwedel-Gardelegen.

Röthe, 7. Januar. (Im Betrieb verunglüct) Um Freitag nachmittag ereignete sich auf dem Bahnhof ein grauslicher Unglücksfall. Der Hilfsbeamter Willi Kühn aus Salzwedel wurde beim Rangieren überfahren und ihm der rechte Arm vollständig vom Rumpf getrennt. Der Bedienstete stand im Salzwedeler Kreisbahnhofsaufnahme. —

Kleine Chronik.

Arisch-germanische Nachkultur. Es gibt immer noch Leute, denen geholfen werden muß. In der "Vegetarischen Warte" finden wir folgendes Interessant:

Lebensreformer, Anfang der Dreißiger, gebildet, wünscht mit gebildetem Menschen Wandel zwecks

Harz

in Verbindung zu treten. Bedürfnisse: Alter etwa 17 bis 22 Jahre, arisch-germanischer Stoff, blonde Haar, langschädelig, gezeugt und geboren von streng vegetarisch lebenden Eltern, an Weiberkrankheit geblüht, vegetarisch ernährt und im lebensreformatorischen Sinn erzogen. Anhängerin der Nachkultur und der Reformleistung (Thalassa). Freundschaftliche Zuschriften im obigen Sinne mit Lebenslauf und Bild in Abhorntasche, sowie drei Ganzpostkarten gebildet, Vorder-, Seiten- und Rückenansicht an die "Vegetarische Warte" erbeten. Strengste Verpflichtungshaltung gegenüber und verlangt. Die Bilder werden, wenn nicht zufrieden, zurückgesandt.

Es ist gleichgültig zu wissen, welche bitteren Enttäuschungen diesen Mann bestimmen, keine Wahrheit mehr im Sade zu kennen oder nachzuprüfen, welcher Orientierungstritt seine "Lebensauschauung" zur Freiheit, Gleichheit oder Gleichheit füllt — recht möge ihm jene Würdelosigkeit geben, auf die er spekuliert.

Eingesandt.

Für die Zukunft übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Haftbarkeit.

Hungerlohn im Friseurgewerbe.

Vor dem Krieg, als bei einem Hertzschafter das Mastieren 15 Pfst. und Haarschneiden 80 Pfst. kostete, erhielt ein Geselle einen wöchentlichen Durchschnittslohn von 7 Mark mit Koch und Logis. Heute dagegen, von andern gewerblichen Arbeitern einem wöchentlichen Lohn von über 100 Mark erhalten, muß sich der Friseur gebrüderlich mit 45 bis 65 Pfst. begnügen, ohne Koch und Logis. Trotzdem kostet jetzt eine Haar 40 bis 60 Pfst. und ein Haarschnitt 1,- bis 1,80 Mark. Koch und Logis sind beim Chef Koch Tarif nicht mehr statthaft, denn dem Personal wurde zum größten Teil eine weitenlohnbare Schlafstelle angeboten und die demontreiche Stoff war gleich Brosamen, die von den Herren Lippe fiesen. Auf Grund dieser monatlichen Entlohnung wurde ein Antrag auf eine Leitungsgesetze von 88 1/2 Prozent gestellt. Widerstrebend führt man sich noch nicht damit einverstanden einzustimmen. Höchste Eile tut auch hier not.

Ein organisierte Fristansicht.

Vereins-Kalender.

Magdeburger Damenchor. Übungsstunde am Donnerstag abend 8 Uhr in der Schule Altenmarktstrasse. (1437)

Arbeiter-Rathausbernd Bund Solidarität, Ortsgruppe Magdeburg. Sonnabend den 10. Januar, abend 7 Uhr. Generalsammlung bei Koppel. Stolze-Schreiber-St. Verein Magdeburg-Güdenburg. Donnerstag den 8. Jan., abends 7 Uhr. Jahreshauptversammlung im Sünderburger Hof. Groß-Osterbernd. Männer-Turnverein Jahn. Freitag den 9. Januar, abends 7 Uhr. Mitgliederversammlung. (1436)

Wasserstände.

Ort	Tag	Wuchs	Waben	Wale
Dardubis	6. 1.	—	—	17. 1. + 1,06 0,13 —
Brandels	—	—	—	Spalte
Delmink	—	—	Großbüs	7. 1. + 2,12 0,28 —
Ettemers	—	—	Trotta	— 3,29 0,24 —
Aufius	7. 1. + 0,02	0,21	Deinburg l. W.	— 2,67 0,13 —
Forsau	—	2,57 0,25	Kalte Oberpegel	— 1,17 0,13 —
Wittenberg	—	3,89 0,09	Kalte Untergesell	+ 2,68 0,41 —
Nöthau	—	3,49 0,22	Gräbene	+ 2,73 0,39 —
Aren	6. 1. + 3,85	0,01	Spalte	Havel
Barby	7. 1. + 3,85	0,21	Brandenburg	Oberpegel
Magdeburg	—	3,18 0,10	Untergesell	6. 1. + 2,20 0,04 —
Zangerlünde	—	4,31 —	Brandenburg	Untergesell
Wittenberge	—	3,93 —	Rathenow	+ 1,98 — 0,02
Lemen	6. 1.	—	Rathenow	Oberpegel
Dömitz	—	—	Rathenow	Untergesell
Dörbau	6. 1.	—	Rathenow	Untergesell
Domitzburg	—	—	Havelberg	— — —
Hohnstorf	7. 1. + 3,23	0,07	Havelberg	— — —
Wittenberg	—	—	Tacelis schwach.	

Wettervorhersage.

Donnerstag den 8. Januar: Keine Witterungsänderung. —

"Was für ein Heidenwetter! Sie können mir keinen Weg sparen, Meister. Ich hab hier Ihren Steuerzettel!"

Gönder nahm den Zettel im Empfang und sah, was ihm zu zahlen auferlegt war.

"Schlecht Wetter und hohe Steuern," scherzte er. "Da kann's einem gräßlich werden!"

"Sie haben Gold wie Laub," sagte der Matrosenmann glatt-züngig. "Die Abgaben drücken Sie nicht. Wer keine Steuern zahlt, hat keine Stimme. Noch ein paar Jährlingen und Sie sind in Gemeinderat."

Er schmunzelte sich und sprach hinzu: "Gestern abend müssen Ihnen die Ohren gespülten haben. 's ist von Ihnen die Red gewiesen."

"Wo?" fragte Gönder und redete den Hals.

"In der 'Kron'."</p

„Hab man Sophie sie geföhnt,
Gott segn' dich, mein Kind, wird mir schwer werden, dich
wegzugeben, aber gern mehr' ich dir nach-nein du im Brattschmud
geht, wohin wo ich dich glücklich und alleit g'sünden weis. Gern,
Gretel, und gern anders, tote vor festiger Jahren, wo — —
Die Bäuerin zog die Erfüllte vorw' Geschäft und laut auf.
Schluchzend saß sie mit der Eltern gegen das Fensterbrett.
Edgar, dumpfe Schritte kamen über den Schnee herauf, dann stampfte es laut auf dem Eishallenknüppel, dass Lor' Marrie
und durch die finstere Stütze trappfte es noch der Studentin, die sie
wurd aufgerufen und der Bauer trat herein. Eine Weile blieb
der Ungetommene suchend umher, denn sagte er roh: „Ob, dort
ist Du, soules über?“ Hält Dir' Kampenanzünder und Geier-
spuren auch schon zu hart? Mach' Rüst und Peiß ein, daß man
doch meint, man sei zu Haus.“

Die Bäuerin eilte nach der Stütze, strich mit den frostfalten
Fingern ein Glücksloch an, hielt es an den Mund heran, und
wird als dieser heiß aussiederte, warre sie in die Blume und
begann, den Kopf zu schütteln, immer heftiger und heftiger, bis
die beide Hände wie vergrößert an die Ohrläppen preßte und ihn
feschrie.

"Du so unsklaver bist, daß man sich scheut, Dich anzurühren,
dich nicht mich abhalten . . ?"

Er hob die Faust.

"Geißel," schrie das Weib und stießte beide Hände vor, „schläge
mich nur, nur heute ritt! Ich will Dir all's sagen. Meisterinnen
hat mich mein Gend niederr. Wie ich vorhin so beim Gtrotzenen
Gescher sitz, ist mir eingefallen, wie anders es wäre, wenn wir
dieser mit dort ent auf'm Friedhof lög.“

Der Mann ließ den Arm sinken, er trat zurück und tat einem
tiefen Seufzer. Unsicherem Grides stand er, seine Hand reichte
sich, als wollte er sie bestützend gegen die Bäuerin streden. Aber
deren Vortreissen schreckte ihn jetzt wohl ab, an sie zu rütteln. Er
wandte sich ab und ging in die Stube.

Fußten wurde es laut, ein schwerer Lastwagen rollte auf der ver-
rothten Straße vorüber, die Weihngabehänge der Kunst hingen im Goffic.
Unten am der Deitschel wiegte, nach einem grellen Glöcklein auf
die Wand des Häuschen, um dessen Fenstern die Gräblumen auf-
leuchteten; das Licht glitt vorüber, sie erloschen und nur jenen es-
inneren buntfarb, als es jahor genetzen. —

Die Umläger.

ben jeder die Verantwortung für eure Zeiten und Verbrechen
gekennzeichneten Schäffer anzuschlagen, vor denen ihr jetzt ent-
berufen werdet. Weil ich jedem geworben und seinem Segen
habe, daß ihr alle so arm getötet, daß ihr nun gesegneten seid,
einer dem anderen zu helfen, wenn ihr nicht alle sterben wollt.
Weil die ganze Welt euch verlassen hat, mußt ihr auch jetzt auf
die eigne Kraft befreien, um euch zu beschützen. Weil eure
Meinungen und Rümpfe und Soffnungen und Gußspülungen so
hundertfältig auseinanderstreben, daß ihr untereinander niemals
zum Frieden kommt, sobald ich auch vorgeschreibt, daß ihr zusammen
seid, wenn ihr nicht einzeln bleibt. Alles Glück, das sich eindringt
hat, alle Erfahrungen, unter denen ihr steht, alle Streichen, die
euch bedrohen, zeigen euch das gleiche Ziel, das einzig, wo die
Rettung ist: Gott ist mein Retter! Sagt keine darüber ein daß
euch selbst Gott euch nicht gegenwärtig die Schulden vor, an der
ihr doch alle mit mir und dir seid! Götzt nicht immer nur
redlichkeitslos und kühnquaiderisch in die Vergangenheit, sondern
macht einen bilden Strich und stellt eure Rechnung für die Zu-
kunft auf! Wenn ich euch ansiehe, dann bin ich froh, daß ich nur
ein Jahr bin und kein Jahrhundert. Giebt euch mal, ihret-
Menschen, und stellt euch selber vor einer Gerecht."

— — — — —
dieser Zeit war es noch
noch sehr 1919 keine Verbindung,
und ging von damen. Und wie es
ist Ritter jetzt. Schon ihre Ritter-
schen Tantchen dachten, der Herr in
Heine, keines Ritter erjögten: D

Der Kleine Bode.

Die Künster.

235

Naturgeschichtliche

Sie bestreitung des Fluusses vom Kap nach Nitro. W^o das englische Luftministerium mitteilt, ist der Auftrag von Zeit bis zum Kap fertiggestellt, so daß regelmäßige Flüge nunmehr aufgenommen werden. Mit großer Geschicklichkeit und außerordentlichen Mühen ist hier ein bedeutendes Werk der Organisation und Erforschung vollbracht. Bereits seit dem September 1918 waren drei verschiedene Expeditionen unterwegs, die die breite Seite der Route erforschten und Landungsstationen zur geognosischen Stellen erneut. Trotz der außerordentlich schwierigen Gebirgsgräben, durch die im Winter gefahren werden mussten, ist nunmehr die gesuchte südlichste Bogenstrecke in eine nördliche und eine südliche Zone geteilt worden. Die erste Strecke führt von Port nach Minule, einem kleinen Hafen am Weißen Nil, 100 englische Meilen nordnordöstlich vom Überwasser Khoras. Die zweite Strecke führt von Minule nach Obercorm in nordöstlichen Abhängen, einer Erhebung, die im Jahre 1880 in Höhe des Südufers des Längenflusses angelegt wurde. Diese Strecke umfaßt 900 englische Meilen, während die britische Linie, die von Obercorm nach Kapstadt geht, etwa 2000 englische Meilen umfacht. —

Recht von England ist stolz darauf, daß das von ihr für die Waffen
noten verhinderte Papier von niemand anders hergestellt werden
könne. Trotzdem wurden 1913 beträchtliche Nachahmungen im Hinter-
kauf gebracht. Wenn siehe sieht, daß die Heimat dieser Fälschungen
Rumänien war, wo eine mit den besten Maschinen ausgerüstete
Gefälscherfabrik eine gewinnbringende Tätigkeit entfaltete. Gefälsche-
nach längeren Untersuchungen fanden Endverkäufer heraus, daß
der einzige Unterschied der Fälschungen von den echten englischen
Noten darin bestand, daß das Wasserzeichen nicht mit der nötigen
Genauigkeit auf das Papier gestempelt war. Früher nahm man zu offe-
nößlichen Hilfsmitteln keine Zuflucht, um den Fälschern das Ge-
herr zu legen. Der gefährliche Banknotenfälscher, der Engländer
Hermann, hat behauptet, daß die Notenfakten in verschiedenen
Farben gedruckt werden müssen; dadurch müßten die Nach-
ahmungen so schwierig und kostspielig, daß die Fälscher von selbst
aufhören würden. Aber die Ratten haben mit farbigen Noten
seine guten Erfahrungen gemacht. Das englische Schatzamt brachte
im Jahre 1820 Noten heraus, die einen Rand im allen Farben
des Regenbogens hatten. Aber diese Maßnahme erfüllte sich nicht
durchaus unerwartet. —

geschrägt, und, wie in früheren Zeiten noch keine einzige Pflanze es gab, der nicht irgendwie Kraft zugeschrieben wurde, so machte unsre Riesenburg in der alten Gedächtnis viel gebraucht, um wunderbare und merkwürdige Gabenfeier nurthen ihre Augen zu schließen. So Tragödien im Stadion im alten Griechenthumb regelte sie, der König Protes mit seinem Sohn bei Löchtern. Diese Jungen sind den göttlichen Dorn des Dionysos zu beten, zum tiefsten Verstecken versteckt, jene treit Zögernin strafte. Der König verließ den berühmten Scheer Proclus zu sich, welcher die Söhne mit der Witzlich dorff Siegen weckte, die von der Riesenburg gefreijt hatten. Seit dieser Zeit des Melampus kam die Riesenburg bei den alten Griechen und Römern in den Ruf, Gelehrsamkeiten weiter zu förmnen. Die heilige Iwirksamthe Riesenburg wuchs nach der Reinigung der Hellen auf Antifira, einer Spur Schessafens, welche dadurch so berühmt wurde, daß ein jeder, der es irgendwohe betrete, möchte und das Wahrheits empfand, in seinem Überzeugungen Ordnung zu schaffen, sich dahin einrichte, um dort einer perilleserfrischteren Seele sich zu unterwerfen. Am Mittwochabend blieb die Riesenburg, trotz dem großen Kultus, den man mit den „Kräutern“ im allgemeinen kannte, zunächst unbekannt. Gest der große Triebelalderliche Runderdohler Theodroschius Bombastus Paracelsus führte sie in die mittelalterliche Kenntnise nicht ein. Man glaubte zu jener Zeit, daß die Riesenburg die schlechten Geiste selbst aus den entzücktesten Künsten des Höbers um sich hieße. So schrieb unten istk namenlich große Wirkung bei Geschwüren und bann mit verbundenen Kräutern hat. Nach die West, diese surschte horre Geisel des Mittelalters, versuchte man mit ihr zu heilen. Ein tölpel, Ein runderlicher Blaube bringt auch Schmerz, doch die Riesenart des Leben verlängere. Ein weiter warne die Blaube noch heilsum erachtet gegen den Bib tollwütiger Hund. Gegenüber und mit Wein, Eßig und Wasser geschenkt, weisse sie das Zahnschuh. Überhaupt horr jeder zwar freilich auch die Eigenschaft der gepulpteten Rüben, diese zu erzeugen, beschafft dieses Rüben in früheren Zeiten auch dem Schnupftabot beigegeben wurde. Heute Autage hat die Riesenburg ihre Bedeutung in der Heilwunde verloren und hat oft Ruhm eingebüßt. —